

Backnang und die Entstehung des Landes Baden-Württemberg

Von Bernhard Trefz

Ausgangslage „Stunde Null“

Schon vor der endgültigen Kapitulation des „Dritten Reichs“ am 8. Mai 1945 waren die militärischen Auseinandersetzungen durch das Eindringen der Alliierten in den meisten Teilen Württembergs faktisch beendet. Zwischen dem 18. und 20. April 1945 erfolgte der Einmarsch der Amerikaner in unsere Gegend, wobei die Schäden, die die einzelnen Orte erlitten, mit Ausnahme von Kirchenkirnberg relativ gering blieben.¹

Wichtig für die spätere Entwicklung in Richtung eines möglichen Südweststaats war der eigenmächtige Einmarsch der Franzosen in Württemberg, deren Aufgabe es eigentlich sein sollte, hinter den amerikanischen Truppen zu marschieren sowie die Besetzung der Oberrheinebene zwischen Karlsruhe und Basel und die Abriegelung der Schweizer Grenze zu übernehmen. Im Gegensatz zu den eigentlichen Vereinbarungen nahmen die Franzosen am 21. April 1945 Stuttgart ein und versuchten mit der raschen Einführung einer Zentralverwaltung für ganz Württemberg vollendete Tatsachen zu schaffen und den Südwesten als „territoriales Faustpfand“ gegenüber den anderen Alliierten zu benutzen.²

Mit dem Abkommen über die Abgrenzung der amerikanischen und französischen Besatzungszonen vom 22. Juni 1945 mussten die Franzosen zwar Stuttgart und Karlsruhe räumen und den Amerikanern übergeben, erhielten jedoch südlich der nach militärischen Gesichtspunkten gewählten Demarkationslinie „Autobahn Karlsruhe–Stuttgart–Ulm“ einen

beträchtlichen Teil der ehemaligen Länder Württemberg und Baden.³ Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands übernahmen die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte (Alliiertes Kontrollrat) die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Frankreich, das nicht Teilnehmer bei der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 war, auf der die künftige Behandlung Deutschlands festgelegt wurde, erhielt trotzdem Sitz und Stimme im Kontrollrat, ohne auf die Konferenzbeschlüsse festgelegt zu sein. Davon leitete die französische Regierung das Recht ab, „die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in ihrer Zone nach eigenem Gutdünken zu regeln“ und verhinderte zudem per Veto zusammen mit der Sowjetunion bis 1948 die Einrichtung von zentralen deutschen Verwaltungsstellen.⁴

Die Hoffnung, dass sich die Amerikaner bald aus Deutschland zurückziehen und den Franzosen dann einen Großteil der amerikanischen Besatzungszone überlassen würden, führte zunächst dazu, dass Frankreich den Versuch unternahm, eine gemeinsame Verwaltung für ganz Württemberg aufrechtzuerhalten.⁵ Diese Strategie erwies sich jedoch sehr schnell als verfehlt, da General Eisenhower am 19. September 1945 mit der Proklamation Nr. 2 die Bildung der drei Staaten Groß-Hessen, Bayern und Württemberg-Baden bekannt gab und fünf Tage später Reinhold Maier (DVP) aus Schorn-dorf in Stuttgart feierlich als Ministerpräsident von Württemberg-Baden eingesetzt wurde.⁶ Frankreich reagierte mit der Einrichtung eines sog. „Staatssekretariats für Württemberg-

¹ Blumenstock, Friedrich: Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945, Stuttgart 1957, S. 197ff; Bohn, Eberhard: Die Zerstörung Kirchenkirnbargs im April 1945, in: Backnanger Jahrbuch, Band 9, Backnang 2001, S. 206–222.

² Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, Ulm 1978, S. 12; Konstanzer, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969, S. 15.

³ Ebd., S. 20.

⁴ Ebd., S. 34.

⁵ Sauer (wie Anm. 2), S. 53.

⁶ Ebd., S. 50.

Hohenzollern“ in Tübingen unter dem Vorsitz von Carlo Schmid (SPD) und dem Einsetzen von Ministerialdirektoren in Südbaden, die später in Freiburg kollegial die Landesverwaltung unter Leo Wohleb (CDU) bildeten.⁷ Damit war die jeweilige Teilung der beiden ehemaligen Länder Württemberg und Baden zunächst einmal zementiert.

Innerhalb des neuen Landes Württemberg-Baden brach sofort der Gegensatz zwischen Württemberger und Badener hervor, da man in Karlsruhe nicht gewillt war, sich der Stuttgarter Zentralgewalt zu unterwerfen und auf der „autonomen Stellung Nordbadens“ beharrte.⁸ Erst ein Machtwort der amerikanischen Militärregierung beendete vorerst diesen Streit, konnte die Vorbehalte in Nordbaden jedoch nicht zerstreuen.

Demokratie von unten nach oben

Dass die amerikanische Besatzungsmacht die Demokratie im Nachkriegsdeutschland von unten nach oben – sprich von der Orts- und Kreisebene aus – aufbauen wollte, war nicht nur erklärter politischer Wille, sondern durch die realen Gegebenheiten auch dringend erforderlich. Sämtliche Kommunikationsmittel waren durch die Kriegsergebnisse ausgefallen: Es gab kein Telefon, keine Post und keine Zeitung. Des Weiteren war die Infrastruktur weitgehend zerstört oder durfte ausschließlich von den alliierten Streitkräften benützt werden. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungswesens konnten nicht von zentraler Stelle geleitet werden, sondern unterschieden sich von Kreis zu Kreis, ja von Ort zu Ort. Deshalb kam dem Verhältnis zwischen dem jeweiligen Landrat und dem lokalen Militärgouverneur ausschlaggebende Bedeutung zu, wobei letzterer jedoch immer das entscheidende Wort hatte. Die Landräte fungierten dabei keineswegs nur als Chefs ihrer Verwaltungen, sondern zunächst auch als „oberste Spitze der Staatsgewalt“.⁹ Bereits am 20. Juni 1945 trafen sich die Landräte der amerikanischen Besatzungszone in Württemberg in der „Sonne-Post“ in Murr-

Backnang

Zahl der Wahlberechtigten	7000
Gesamtzahl der abgegeben. Stimmen	128 208
Davon entfallen auf	
Wahlvorschlag 1 SPD.:	33 724
Wahlvorschlag 2 KPD.:	18 057
Wahlvorschlag 3 Christl.-soz. Vp.:	76 447
Wahlvorschlag 1 SPD	6 Sitze
Wahlvorschlag 2 KPD	3 Sitze
Wahlvorschlag 3 ChVp.	15 Sitze
Wahlbeteiligung	85,96 v. H.
Als gewählt gelten von Wahlvorschlag 1 SPD.	

a) für Backnang:

mit Stimmen

1. Ehret, Robert, Kaminfegermeister 1788
2. Lachenmaier, Herm., Wäschereibes. 1763
3. Bareiß, Wilh., Schreinermeister 1759
4. Weiß, Rudolf, Gerber 1538
5. Sanzenbacher, Albert, Schreiner 1481

b) für den Vorort Steinbach:

6. Büller, Wilhelm, Gerbereiarbeiter 1378

Wahlvorschlag 2 KPD.

a) für Backnang:

1. Hopfensitz, Franz, Bauaufseher 1216
2. Häberlin, Eugen, Hausmeister 1094
3. Schaaf, Hermann, Kassenbote 980

Wahlvorschlag 3 Christl.-soz. Volksp.

a) für Backnang:

1. Braendle, Theodor, Prokurist 5279
2. Schwarz, Karl, Schlossermeister 4856
3. Limbeck, Karl, Ingenieur 4128
4. Hackenschuh, Max, Betriebsleiter 3854
5. Kaelble, Hermann, sen., Fabrikant 3780
6. Dietermann, Eugen, Lagerarbeiter 3699
7. Aichholz, Hermann, Kaufmann 3420
8. Maneval, Karl, Studienrat 3240
9. Erhardt, Georg, Bäckermeister 3119
10. Kopp, Wilhelm, Sparkassendirekt. 3002
11. Dieterich, Jakob, Malermeister 2961
12. Weller, Eugen, Schreinermeister 2692

b) für Vorort Steinbach:

13. Heller, Gotthilf, Bauer, Steinbach 6500

c) für die Teilorte Schöntal:

14. Fischer, Karl, Bauer, Oberschöntal 3114

d) für die übrigen Teilorte:

15. Beck, E., Landw., Sachsenweilerhof 3111

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen vom 27. Januar 1946.

⁷ Eschenburg, Theodor: Die Entstehung Baden-Württembergs, in: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1981 (2. Auflage), S. 44ff.

⁸ Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Bearb. von Paul Sauer. Hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg, Ulm 1977, S. 18.

⁹ Sauer (wie Anm. 2), S. 30.

hardt, um die anstehenden Probleme zu besprechen. Weitere Landrätetagungen sollten folgen, die sehr schnell „eine kaum zu unterschätzende Bedeutung für die Koordinierung der Verwaltungsaufgaben der Stadt- und Landkreise Nordwürttembergs und für die Abstimmung grundlegender Aufbaumaßnahmen“ erlangten und dadurch quasi die „Funktion vorläufiger Volksvertretungen“ übernahmen.¹⁰

Mit der Erlaubnis der Militärregierung vom 29. November 1945 zur Organisation von Parteien auf Landesebene und dem „Gesetz über Anwendung der Deutschen Gemeindeordnung“ vom 20. Dezember 1945, nach dem der Gemeinderat wieder die starke Stellung wie vor 1933 bekam, waren die Voraussetzungen geschaffen, um am 27. Januar 1946 die ersten freien und demokratischen Wahlen auf kommunaler Ebene seit 1933 durchführen zu lassen.¹¹ Nimmt man die Wahlbeteiligung als Gradmesser, können diese Wahlen als großer Erfolg gelten, lag sie doch kreisweit bei über 80%. In Backnang erreichte man sogar eine Wahlbeteiligung von fast 86%, wobei die Christlich-Soziale Volkspartei, die spätere CDU, 15, die SPD 6 und die KPD 3 Sitze im ersten Backnanger Gemeinderat nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten. Mit diesem eindeutigen Ergebnis zugunsten der CSV bildete Backnang jedoch eher die Ausnahme, erhielten doch die Kandidaten der bestehenden Parteien kreisweit nur knapp 40% der Stimmen, während die restlichen Stimmen an Parteilose gingen. Dies kann allerdings nicht verwundern, war doch zum einen der Organisationsgrad in den Parteien sicherlich noch nicht allzu hoch und stand zum anderen auch schon damals die Persönlichkeitswahl auf lokaler Ebene stark im Vordergrund, die auch heute noch im Erfolg der sog. „Freien Wählervereinigungen“ zum Ausdruck kommt.¹²

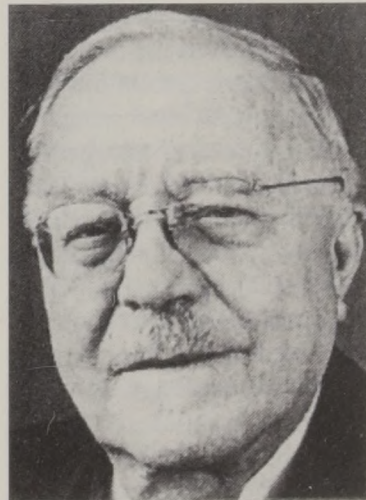
Dies sollte sich jedoch bei den Kreistagswahlen am 28. April 1946 bereits deutlich verändern: Hier konnten die Parteilosen bei einer insgesamt sehr schwachen Wahlbeteiligung von 54,1% nur noch 2 249 von insgesamt

16 768 gültigen Stimmen erreichen, während beispielsweise die CDU als weitaus stärkste Partei 9 146 Stimmen errang. Aus Backnang wurden der spätere Landrat Ingenieur Karl Limbeck, Landwirt Otto Schad, Fabrikant Hermann Kaelble, Lagerarbeiter Eugen Dietermann (alle CDU), Wäschereihinhaber Hermann Lachenmaier (SPD) und Stadtamtmann Eugen Wohlfahrt (KPD) in den Kreistag gewählt, die mit Ausnahme von Schad und Wohlfahrt auch im Backnanger Gemeinderat saßen.¹³

Mit diesen beiden Wahlen war ein gutes Jahr nach dem Ende des „Dritten Reichs“ die gesamte kommunale Verwaltung in Württemberg-Baden auf eine „demokratische Grundlage“ gestellt und das „Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung“ wiederhergestellt worden.¹⁴

Verfestigung der Trennung Württembergs und Badens durch die Entstehung dreier selbstständiger Länder

Im Jahr 1946 erfolgten zudem die wichtigsten Stationen auf dem Weg zum Land Württemberg-Baden: Am 30. Juni wurde die Verfassungsgebende Landesversammlung gewählt, deren eigentliche Aufgabe die Beratung und Verabschiedung einer Landesverfassung war, die jedoch ebenso die „Funktion eines vorläufigen Parlaments“ übernahm.¹⁵ Am 24. Novem-



*Reinhold Maier
(1889 – 1971).
1945 bis 1952
Ministerpräsident von Württemberg-Baden.
1952/53 erster
Ministerpräsident von Baden-Württemberg.*

¹⁰ Ebd., S. 34 u. 110.

¹¹ Ebd., S. 100 u. 105ff.

¹² Amtliche Nachrichten für die Stadt und den Landkreis Backnang, Nr. 28, 28. Januar 1946; Petschuch, Dieter: Die Jahre des politischen Wiederbeginns in Backnang 1945 und 1946, in: Backnanger Jahrbuch, Band 4, Backnang 1996, S. 135–144.

¹³ Ebd., 147f.; Amtsblatt für den Landkreis Backnang, Nr. 40, 20. April 1946 und Nr. 41, 29. April 1946.

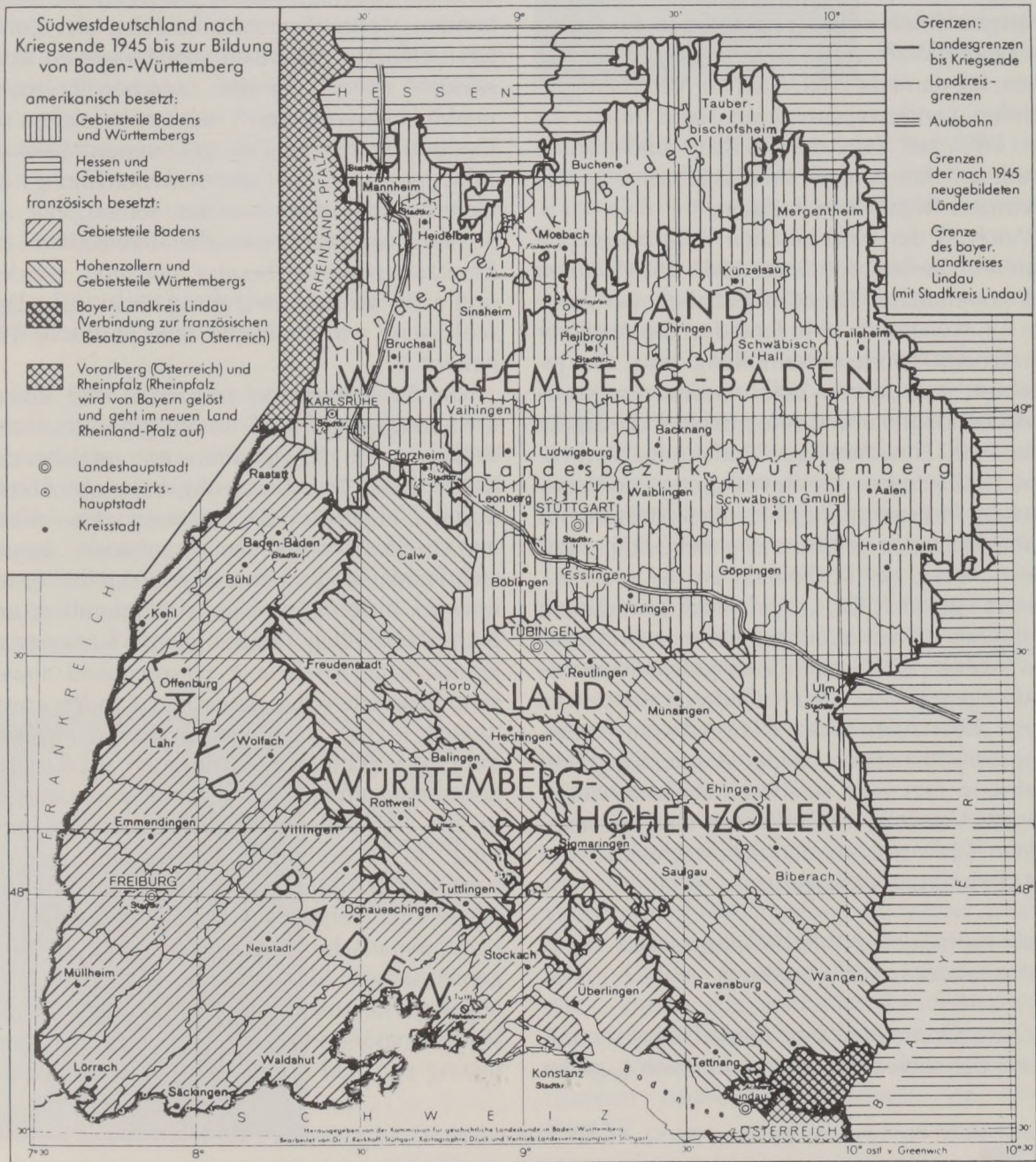
¹⁴ Sauer (wie Anm. 2), S. 109.

¹⁵ Ebd., S. 117ff.

ber fand die Volksabstimmung über die Verfassung und gleichzeitig die Wahl zum ersten württembergisch-badischen Landtag statt. Während die Verfassung mit 86% der abgegebenen Stimmen angenommen wurde, erhielt die CDU im neuen Landtag 39, die SPD 32, die DVP 19 und die KPD 10 Sitze.¹⁶ Mit der Verkündung der neuen Verfassung als „Grundgesetz des Landes Württemberg-Baden“ am 28. November und der Wahl von Reinhold

Maier (DVP) zum Ministerpräsidenten – übrigens der einzige von der Besatzungsmacht eingesetzte Ministerpräsident, der von der Volksvertretung in seinem Amt bestätigt wurde – am 16. Dezember fand die Konstituierung des Landes Württemberg-Baden im Jahr 1946 ihr vorläufiges Ende.¹⁷

Die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 fand übrigens im Landkreis Backnang nur sehr wenig Interes-



Ländergrenzen im deutschen Südwesten 1945 bis 1952.

¹⁶ Ebd., S. 186; Sauer (wie Anm. 8), S. 18.

¹⁷ Sauer (wie Anm. 2), S. 131 u. 186f.

se, lag doch die Wahlbeteiligung unter 50%, wobei die Stadt Backnang mit immerhin 63% die nach Burgstall (64,3%) zweithöchste Wahlbeteiligung im gesamten Wahlkreis verzeichnen konnte. Bei der Landtagswahl am 24. November gingen dann kreisweit 60,4% und in Backnang 69,1% der Wahlberechtigten zur Wahl. Beide Wahlen konnten deutlich von der CDU gewonnen werden, während die DVP bei der Landtagswahl die SPD von Platz 2 verdrängte. Spielte die KPD kreisweit nur eine untergeordnete Rolle, konnte sie in Backnang bei beiden Wahlen fast 20% der Stimmen erreichen, lag damit bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung sogar noch vor der DVP auf dem dritten Platz und konnte damit an ihre starken Wahlergebnisse in der Weimarer Republik anknüpfen.¹⁸

Auch in der französischen Besatzungszone waren im Verlauf des Jahres 1946 erste Wahlen auf kommunaler Ebene abgehalten worden.¹⁹ Am 17. November 1946 fand dort die Wahl zur Beratenden Landesversammlung statt, die jedoch nicht direkt vom Volk, sondern von Kreisversammlungen und Gemeinderäten der Städte über 7 000 Einwohner gewählt wurde.²⁰ Am 18. Mai 1947 stimmte die Bevölkerung von Württemberg-Hohenzollern über die Verfassung ab und wählte den ersten und gleichzeitig einzigen Landtag, der schließlich am 8. Juli 1947 Lorenz Bock (CDU) zum Staatspräsidenten bestimmte. Zwei Wochen zuvor war bereits Leo Wohleb (CDU) zum Staatspräsidenten von Baden gewählt worden.²¹ Dadurch wurde die durch Besatzungsdiktat 1945 erfolgte Aufteilung der ehemaligen Länder Württemberg und Baden in drei Teile staatsrechtlich zementiert, was die Versuche zur Schaffung eines gemeinsamen Südweststaats deutlich erschwerte und auf Jahre hinaus verzögerte.

Erste Initiativen zur Schaffung eines gemeinsamen Südweststaats

Die USA merkten sehr schnell, dass sie aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage im

besetzten Deutschland mehr finanzielle Mittel einsetzen mussten, als ursprünglich geplant. Damit dieses Budget nicht noch weiter ausufern würde, versuchte man die in Potsdam beschlossene deutsche Wirtschaftseinheit herzustellen. Am 6. September 1946 machte der amerikanische Außenminister James Francis Byrnes in einer Rede in Stuttgart deutlich, dass der Stand der industriellen Erzeugung, auf den sich die Besatzungsmächte „als absolutes Mindestmaß“ geeinigt hatten, aufgrund der bestehenden „Schranken zwischen den vier Zonen Deutschlands“, die weit schwieriger zu überwinden seien, „als die zwischen normalen unabhängigen Staaten“, nicht zu erreichen sei. Deshalb wäre die Zeit gekommen, „wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als Kennzeichnung für in sich abgeschlossene wirtschaftliche oder politische Einheiten“.²²

Die Rede stieß bei Franzosen und Russen erwartungsgemäß auf abschlägige Resonanz. Während die Sowjetunion im aufziehenden Kalten Krieg ihre Besatzungszone abschottete und v. a. nutzte, um die dort noch vorhandenen industriellen Ressourcen abzubauen, konnte sich Frankreich zumindest eine Wiederherstellung der historischen Länder Württemberg und Baden vorstellen, lehnte einen Südweststaat jedoch kategorisch ab.²³ Entsprechend abweisend reagierten die deutschen Landesverwaltungen in der französischen Besatzungszone auf Druck Frankreichs dann auch auf die erste Südweststaatinitiative, die von den Beratungen in der Verfassunggebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden im September/Oktober 1946 ausging. Immerhin wurde in der württembergisch-badischen Verfassung die parlamentarische Hürde für die Schaffung eines gemeinsamen Südweststaats nicht zu hoch angelegt: In Artikel 107 hieß es, dass für alle Verfassungsänderungen, „die sich bei der Vereinigung von Süd-Württemberg und Süd-Baden

¹⁸ Amtsblatt für den Landkreis Backnang, Nr. 52, 13. Juli 1946 und Nr. 73, 14. Dezember 1946, Petschuch (wie Anm. 12), S. 148ff.

¹⁹ Konstanzer (wie Anm. 2), S. 45.

²⁰ Ebd., S. 48.

²¹ Sauer (wie Anm. 8), S. 19. Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Baden und Württemberg-Hohenzollern siehe: Schnabel, Thomas: Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952, Stuttgart, Berlin, Köln 2000, S. 238.

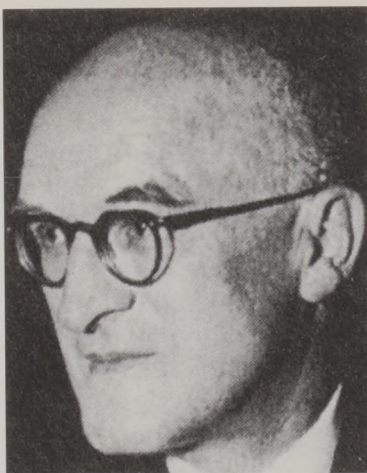
²² Konstanzer (wie Anm. 2), S. 90f; Schnabel (wie Anm. 21), S. 254f.

²³ Konstanzer (wie Anm. 2), S. 92.

mit den nördlichen Landesteilen als notwendig erweisen, eine einfache Mehrheit ausreicht“.²⁴ In der badischen Verfassung vom Mai 1947 stand allerdings kein Wort, dass dieses Baden nur den südlichen Teil des ehemaligen Landes Baden umfasste. Genauso wenig fand sich in der zur selben Zeit entstandenen Verfassung von Württemberg-Hohenzollern ein Wort des Bedauerns, dass die ehemaligen Länder Baden und Württemberg durch Siegerdiktat 1945 förmlich zerrissen worden waren.²⁵ Damit waren die ersten zarten Versuche, einen gemeinsamen Südweststaat zu schaffen, erst einmal gescheitert. Zugleich wurde deutlich, dass die politischen Realitäten in Südwestdeutschland eine grundlegende Änderung nur zuließen, wenn die westalliierten Siegermächte sich einig waren und Frankreich seine bisherige Besatzungspolitik verändern würde.

Neue Impulse durch die „Frankfurter Dokumente“ vom 1. Juli 1948

Der drohende Zusammenbruch der Wirtschaft in Baden und Württemberg-Hohenzollern machte einen Wandel der französischen Besatzungspolitik nötig – man war schlicht und einfach auf amerikanische Devisen-Hilfe angewiesen. Allerdings führte dies zunächst zu keiner grundlegenden Wende in der französischen Deutschlandpolitik, sondern allenfalls zu einer moderaten Richtungsänderung, wobei die poli-



*Gebhard Müller
(1900 – 1990).
1948 – 1952
Ministerpräsident
von
Württemberg-
Hohenzollern.
1953 – 1958
Minister-
präsident
von Baden-
Württemberg.*

tische und wirtschaftliche Ausrichtung der Länder der französischen Besatzungszone nach Frankreich hin unangetastet blieb. Immerhin kam es am 23. Februar 1948 zur Fusion der westlichen Besatzungszonen und der Aufnahme Deutschlands in das „European Recovery-Programm“.²⁶

Am 1. Juli 1948 trafen sich dann die elf Ministerpräsidenten der Westzonen mit den Oberbefehlshabern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Frankfurt. Die dort beschlossenen „Frankfurter Dokumente“ zeigten deutlich in Richtung Schaffung eines westdeutschen Teilstaats an Stelle eines deutschen Gesamtstaats. Dokument 2, das die Ministerpräsidenten ermächtigte, „die Grenzen einzelner Länder zu überprüfen und den Militärgouverneuren umgehend Vorschläge darüber zu unterbreiten, welche Gebietsänderungen vorzunehmen waren“, bot schließlich die Chance einer „Neuregelung der Grenzverhältnisse im deutschen Südwesten“.²⁷

In Stuttgart und Tübingen erkannte man dies sofort. Entsprechend traten die Regierungen und Landtage von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern für einen „alsbaldigen Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder zu einem gemeinsamen Staat ein“. Einzig die badische Landesregierung unter Staatspräsident Wohleb beharrte auf einer „Wiedervereinigung der auseinandergerissenen badischen Landesteile zu einem Staat“.²⁸



*Leo Wohleb
(1888 – 1955).
1947 – 1952
Minister-
präsident des
(geteilten)
Landes Baden.*

²⁴ Sauer (wie Anm. 2), S. 32.

²⁵ Ebd., S. 33.

²⁶ Konstanzer (wie Anm. 2), S. 95 u. 98.

²⁷ Sauer (wie Anm. 8), S. 40f.

²⁸ Ebd.

Am 2. August 1948 einigten sich die Regierungschefs der drei südwestdeutschen Länder auf dem Hohenneuffen schließlich auf die „Ausarbeitung eines Staatsvertrags über die Vereinigung der drei Länder“. Großen Anteil an der Einigung und dem Einlenken der südbadischen Regierung hatte Heinrich Köhler, der stellvertretende Ministerpräsident von Württemberg-Baden, der in ganz Baden hohes Ansehen genoss. Allerdings liefen die Beratungen bald wieder ins Leere, da sich Wohleb erneut gegen die Bildung eines Südweststaats aussprach. Daraufhin ging man einen anderen Weg: Auf Initiative von Gebhard Müller, dem Nachfolger des am 4. August 1948 verstorbenen Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern Lorenz Bock, wurde am 31. August auf einer Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen, das Zustandekommen des neuen Staats von einem Volksentscheid abhängig zu machen. Am 16. September einigte man sich in Bühl, dass die Stimmberechtigten beim Volksentscheid nicht nur zur Bildung eines Südweststaats befragt werden sollten, sondern auch nach der Wiederherstellung der früheren Länder Baden und Württemberg.²⁹

Allerdings verblieb das letzte Wort hierüber bei den Alliierten, die sich weiterhin nicht einigen konnten: Während Frankreich eindeutig die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg favorisierte und sogar bereit war, Südwürttemberg zu opfern, wenn man dafür ganz Baden als Besatzungsgebiet bekommen würde, lehnten die Amerikaner dies strikt ab. Sie wollten den stark industrialisierten nordbadischen Raum ebensowenig abgeben wie ihr Hauptquartier in Heidelberg. Letztlich entschied die Außenministerkonferenz in Washington, die Frage einer Neuregelung der südwestdeutschen Ländergrenzen bis nach der Bildung einer Regierung der Bundesrepublik Deutschland zurückzustellen.³⁰

Neuer Anlauf nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Am 8. Mai 1949 wurde im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz für die BRD mit 53:12 Stimmen verabschiedet.³¹ Von entschei-



Postwurfsendung der Arbeitsgemeinschaft der Badener an alle Haushaltungen im Jahr 1950.

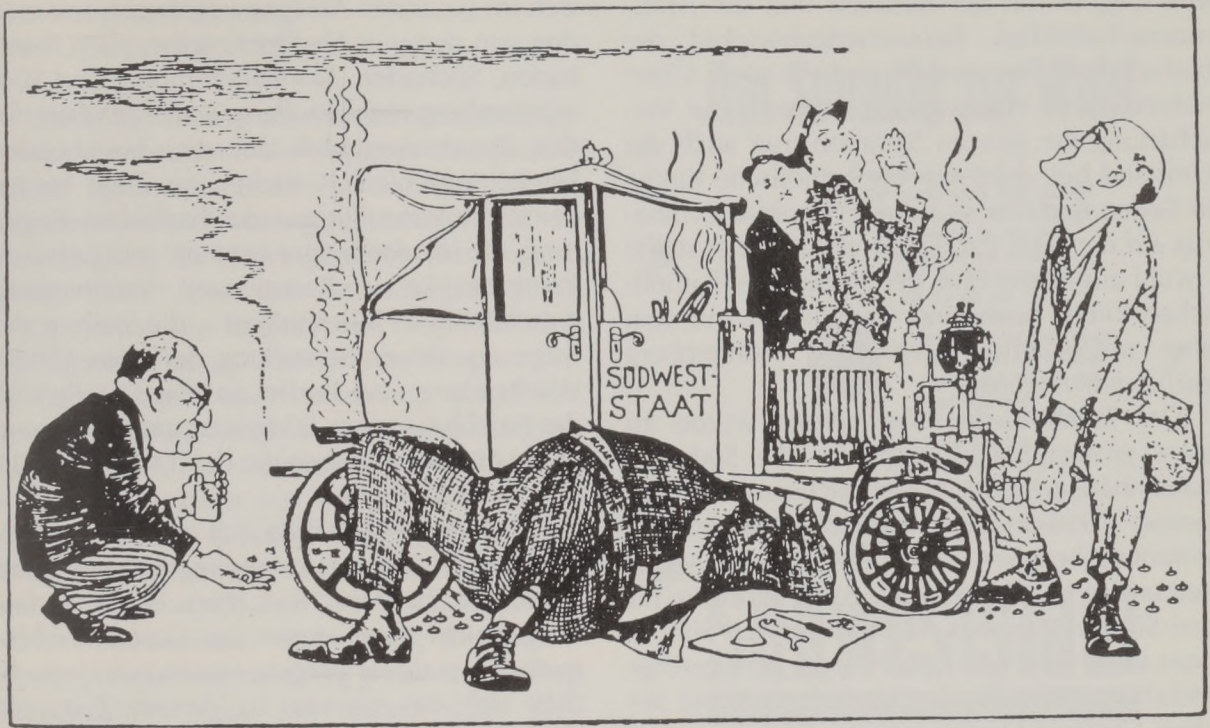


Plakat zu einer Wahlversammlung mit Gebhard Müller am 23. September 1950 in Freudenstadt.

²⁹ Ebd., S. 41f.

³⁰ Ebd., S. 54ff.

³¹ Sauer (wie Anm. 2), S. 455.



Stimme aus dem Publikum: „Laßt doch den alten Karren, er springt ja doch nicht an!“

(Karikatur der Stuttgarter Zeitung vom 11. November 1950.)

dender Bedeutung für die Entstehung eines Südweststaats wurde das Hinzufügen des Artikels 118, das auf eine Initiative der württembergisch-hohenzollerischen Regierung unter Gebhard Müller zurückging und eine Sonderregelung für die staatliche Neubildung im deutschen Südwesten vorsah, die dadurch nicht per Bundesgesetz geregelt werden musste, sondern auch durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen konnte.³² Auf eine Klärung der Frage, Zusammenschluss der bestehenden südwestdeutschen Länder oder Wiederherstellung der alten Länder, wurde allerdings bewusst verzichtet.

Was noch fehlte, war jedoch die Genehmigung des Grundgesetzes durch die Alliierten. Dies verzögerte die Sache ganz erheblich, da sich auch Bundeskanzler Adenauer aus parteipolitischen und außenpolitischen Gründen aus der Klärung der Frage der staatlichen Neuordnung Südwestdeutschlands heraushalten wollte. Erst am 30. April 1950 verkündete die Hohe Kommission der Alliierten, dass sie den Artikel 118 als „rechtswirksamen Bestandteil des

Grundgesetzes“ ansehe. Damit ging die Neuordnung im Südwesten allein auf die Deutschen über.³³

Inzwischen hatten sich auch die Länderchefs im Südwesten am 15. April 1950 in Freudenstadt auf Initiative Gebhard Müllers darauf einigen können, eine informative Volksbefragung durchzuführen, deren Ergebnis die Grundlage für weitere Schritte im Sinne des Artikels 118 GG bilden sollte. Zur Abstimmung standen dabei der *Zusammenschluß der drei Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat* oder *die Wiederherstellung der alten Länder Württemberg einschließlich Hohenzollern und Baden*.³⁴ Es folgte eine propagandistische Schlacht der Befürworter und Gegner eines Südweststaats, die in eine Flut von Flugschriften und Wahlplakaten sowie heftigen Angriffen in der Presse mündete. Eine politische Versammlung folgte der anderen, wobei die Südweststaatanhänger in erster Linie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Zusammenschlusses in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellten, während

³² Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1977, S. 92.

³³ Sauer (wie Anm. 8), S. 66f.

³⁴ Backnanger Tagblatt, 2. Jg., Nr. 88, 17. April 1950.

ihre Gegner mit der Tradition und der landsmannschaftlichen Zusammengehörigkeit des badischen Volkes warben und vor einer Übernahme durch Württemberg warnten. Zur Verschärfung der ganzen Situation trug auch der Umstand bei, dass sich die katholische Kirche in Baden und hier v. a. das Freiburger Ordinariat auf die Seite der Südweststaatgegner stellte – wohl aus Angst, dass der Einfluss der katholischen Kirche nach einer Vereinigung mit dem eher protestantisch geprägten Württemberg zurückgehen würde.³⁵

Das Ergebnis der Abstimmung wurde zu einer großen Enttäuschung für die Südweststaatanhänger: Zwar sprach sich am 24. September 1950 in den württembergischen Abstimmungsbezirken eine überwältigende Mehrheit und in Nordbaden eine etwas geringere für den Südweststaat aus, in den Bezirken Südbadens stand am Ende jedoch sogar eine geringe Mehrheit (1,1%) für die Wiederherstellung der alten Länder.³⁶ Damit vertiefte die informative Volksbefragung, die staatsrechtlich nicht verbindlich war, sondern nur die Stimmung in der Bevölkerung ausloten sollte, die Gräben zwischen den beiden erstarrten Fronten und führte zu einer scheinbar unlösbaren Patt-Situation. Da man sich im Südwesten offensichtlich nicht einigen konnte, blieb nichts anderes übrig, als den im Artikel 118 GG für diesen Fall vorgesehenen Weg – „Neugliederung durch Bundesgesetz“ mit Volksbefragung – zu gehen.³⁷

Der Weg über den Bund

Am 25. April 1951 verabschiedete der Bundestag das sog. „Zweite Neugliederungsgesetz“, nach dem die Entscheidung über die künftige staatliche Organisation in Südwestdeutschland der Bevölkerung zugesprochen wurde.³⁸ Dieses Gesetz basierte auf dem „Tübinger Entwurf“ des Landes Württemberg-Hohenzollern, in dem es hieß, dass ein Südweststaat dann zustandekommen sollte, „wenn

sich im gesamten Abstimmungsbezirk sowie in drei von den vier Abstimmungsbezirken Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern eine Mehrheit für den Zusammenschluß der drei bestehenden Länder entschied“.³⁹ Nicht zum Zuge kamen damit die Vorstellungen der badischen Regierung, die im „Freiburger Entwurf“ zwei Abstimmungsbezirke – Baden und Württemberg einschließlich Hohenzollern –, die Stellung der Frage der Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden an erster Stelle und die Errichtung eines Südweststaates nur, wenn beide Abstimmungsbezirke dafür votieren würden, gefordert hatte.⁴⁰

In Freiburg wollte man sich mit der Entscheidung des Bundestags keineswegs abfinden und erhob am 25. Mai 1951 beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das Gesetz. Problematisch bei dieser Vorgehensweise war jedoch, dass sich das Gericht zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht konstituiert hatte, was die ganze Angelegenheit erneut verzögerte. Erst am 23. Oktober 1951 erging schließlich das Urteil, dass das Gesetz Rechtsgültigkeit besitze und die Volksabstimmung, die eigentlich spätestens am 16. September 1951 hätte stattfinden sollen, nun bis spätestens 16. Dezember 1951 durchgeführt sein musste. Damit war der Weg für eine Volksentscheid in der Südweststaatsfrage endgültig frei.⁴¹

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Haltung der Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer, dem ein weiteres Hinauszögern der endgültigen Klärung der Südweststaatsfrage durchaus nicht unangelegen kam. Zum einen musste man außenpolitisch weiterhin Rücksicht auf Frankreich nehmen, zum anderen befürchtete er innenpolitisch eine Änderung der Stimmenverteilung im Bundesrat zuungunsten der CDU und spürte die deutlichen Vorbehalte einiger nördlicher Bundesländer gegen die Schaffung eines großen Südweststaats.⁴²

³⁵ Eschenburg (wie Anm. 7), S. 57ff.

³⁶ Backnanger Tagblatt, 2. Jg., Nr. 223, 25. September 1950; Schnabel (wie Anm. 21), S. 274f.

³⁷ Sauer (wie Anm. 8), S. 104.

³⁸ Sauer (wie Anm. 2), S. 490.

³⁹ Sauer (wie Anm. 8), S. 119.

⁴⁰ Ebd., S. 128; BKZ (Backnanger Kreiszeitung), Nr. 96, 26. April 1951.

⁴¹ BKZ, Nr. 248, 24. Oktober 1951; Sauer (wie Anm. 8), S. 130f.

⁴² Ebd., S. 129.

Die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mussten auch die Badener akzeptieren, zumal ihr Ministerpräsident Leo Wohleb das *Schicksal seines Landes* ganz bewusst und vertrauensvoll in die Hände des Obersten Gerichts gelegt hatte.⁴³ Die Südweststaatgegner zogen noch einmal alle Register, um möglichst viele Wahlberechtigte auf ihre Seite zu bringen. Diese Bemühungen waren allerdings vergeblich, sprach sich doch im gesamten Abstimmungsgebiet eine Mehrheit von 69,8% für die Schaffung eines Südweststaats aus. Während nur Südbaden mit 62,2% für die Wiederherstellung der alten Länder votierte und selbst im Abstimmungsbezirk Nordbaden 57,1% einen gemeinsamen Südweststaat wollten, lag die Zustimmung in Nord-Württemberg und Württemberg-Hohenzollern sogar bei jeweils über 90%. Damit war die vom Gesetz vorgegebene Hürde – drei der vier Abstimmungsbezirke – übersprungen und der Weg zum Südweststaat frei.⁴⁴

Während insgesamt gesehen fast 60% der Wahlberechtigten zur Urne gingen, waren es im Wahlkreis Backnang nur 37,2%, was die mit Abstand schlechteste Wahlbeteiligung im ganzen Bezirk Nordwürttemberg darstellte. In Backnang selbst stimmten immerhin fast 50% der Wahlberechtigten ab, was gegenüber der Abstimmung von 1950 wenigstens eine Zunah-



Propagandapostkarte der Südweststaatgegner 1951.

⁴³ BKZ, Nr. 248, 24. Oktober 1951.

⁴⁴ BKZ, Nr. 288, 10. Dezember 1951; Schnabel (wie Anm. 21), S. 279f.

⁴⁵ BKZ, Nr. 223, 25. September 1950 und Nr. 288, 10. Dezember 1951.

⁴⁶ BKZ, Nr. 289, 11. Dezember 1951.

Am Sonntag zur Wahl

Das lockt es a Quall?
Wie macht es's a Bloß richtig?
Die Sach lockt doch richtig!
Mit Wählisch so für Bade
Den Wählisch von schede,
Doch für Würfelung allei
Ka es sich sei.
Ze was denn es Tisch?
Wie bescheit bei Grenz.
Mir gebet es's Schild
Doch selbst es ein Bad,
Denn mitsonst
Send mer besen insonst
Ze Sake des Land
Soll es's unner Vorstand,
Bleibt es welle vome
Send mer beide Wählisch.
Soll wir doch ewig schad.
Denn wähl!

Südweststaat

Flugzettel zur Südweststaatabstimmung 1951.

me von 4% bedeutete. Was das prozentuale Endergebnis anbelangt, gab es sowohl im Wahlkreis als auch in der Stadt Backnang keine Überraschungen: Nur eine geringe Minderheit stimmte gegen einen Südweststaat.⁴⁵

Die Würfel sind gefallen. So kommentierte die Backnanger Kreiszeitung das Abstimmungsergebnis, das trotz eines *unsachlichen* Wahlkampfes in den beiden badischen Landesteilen, der viele Wähler *durch eine unbegründete kirchliche Intervention* Gewissenskonflikten ausgesetzt habe, eine deutliche Mehrheit für einen gemeinsamen Südweststaat brachte. V. a. den nordbadischen Wählern sei zu danken, da sie mit ihrem Abstimmungsverhalten *großes Unheil von ihrer Heimat* abgewendet und letztlich den Ausschlag gegeben hätten.⁴⁶

Obwohl badische Abgeordnete wenige Tage später auf Geheiß von Leo Wohleb einen Initiativentwurf in den deutschen Bundestag einbrachten, nach dem der Vollzug des „Zweiten Neugliederungsgesetzes“ bis zur Durchführung der Neugliederung des gesamten Bundesge-

biets auszusetzen sei, konnten sie den weiteren Gang der Dinge nicht mehr aufhalten: Am 27. Dezember 1951 legte der aus vier Vertretern der württembergisch-badischen und je zwei der württembergisch-hohenzollerischen und badischen Regierung bestehende Ministerrat den 9. März 1952 als Datum für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung und damit zum ersten Landtag des vereinigten Südweststaats, der zunächst noch ohne Name blieb, fest.⁴⁷

Die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952

Mitte Februar 1952 setzte im Landkreis Backnang der Wahlkampf für die Wahl am 9. März ein. Mit dem Backnanger Wilhelm Traub (SPD), dem Eutendorfer Georg Schuster (DVP) und dem Strümpfelbacher Karl Pachowsky (DG/BHE) traten drei Kandidaten an, die bereits dem Zweiten Landtag von Württemberg-Baden angehört hatten. Die CDU schickte mit dem Landwirt Willy Fischer vom Fürstenhof zudem einen Mann ins Rennen, der als Nachrücker zumindest ein Jahr im Ersten Landtag von Württemberg-Baden saß. Hinzu kamen mit dem Backnanger Rudolf Willging (BHE – Richtung Kraft), dem Murrhardter Fritz Engelhardt (KPD) und dem Ludwigsburger Anton Durczak (SRP) drei weitere Anwärter, die das Feld der insgesamt sieben Kandidaten komplettierten, die sich um den einen Sitz des Landkreises Backnang bewarben.⁴⁸

Der Kandidat der SPD, Verwaltungsamtmann Wilhelm Traub, betonte, dass er als *Bauernsohn* bei seiner seitherigen Tätigkeit im württembergisch-badischen Landtag in erster Linie die *Interessen und Anliegen [...] der bäuerlichen Bevölkerung des Kreises Backnang* im Auge gehabt habe.⁴⁹ Daneben setzte er im Wahlkampf jedoch einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Sozialpolitik, die deutlich *fortschrittlicher* als die der Bundesregierung sein müsse. Es gelte den neuen Staat mit einem *sozialen Inhalt* zu füllen. Außerdem müsse die *Selbstverwaltung der Gemeinden* gegenüber

der *Bürokratie in den Ministerien* gestärkt werden. Man erkannte schon zu dieser Zeit nicht nur bereits die Wichtigkeit der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch die Bedeutung des Bundesrats als Einwirkungsmöglichkeit der Länder auf die Bundespolitik: So hoffte Traub, dass der neue Südweststaat mit einer SPD-Mehrheit zu einer *natürlichen Bremse gegen die Bundesregierung* werden könne.⁵⁰

Obwohl die CDU im Kreis ausdrücklich betonte, dass man *alle Berufsstände* unterstützen wolle, wurde deutlich, dass es auch ihr v. a. um das *Wohl der Landwirtschaft – der Kraftquelle unseres Volkes* – ging. Landtagskandidat Willy Fischer, selbst als Landwirt tätig, verwies darauf, dass die *Gründung des Bauernverbandes in unserem Kreis nach dem Zusammenbruch* seiner Initiative zu verdanken gewesen sei. Der Agrarlobbyismus der Kreis-CDU gipfelte in der Forderung nach Errichtung von *Schutzzöllen*, um die heimische Landwirtschaft *vor dem ausländischen Druck* zu schützen. In der Verfassunggebenden Landesversammlung wollte Fischer mitarbeiten, dass die voneinander stark abweichenden Verfassungen der Länder *in einer neuen Gesamtverfassung* aufeinander abgestimmt würden.⁵¹

Landwirt Georg Schuster von der DVP betonte sogar, dass ihn *die Erkenntnis, dass auch ein landwirtschaftlicher Vertreter im neuen Parlament sein müsse*, zur Annahme der Kandidatur bewogen hätte. Seine bisherige erfolgreiche parlamentarische Arbeit für die Landwirtschaft sei dadurch gekrönt worden, dass er am 24. Juni 1951 als *Sprecher zum Landwirtschaftsetat* aufgestellt worden sei, wodurch er die *Wünsche der Landwirtschaft* ausführlich habe darstellen können. Zudem sei es ihm gelungen, dem Kreis Backnang und einigen Gemeinden *den Betrag von 210 000 DM* zu verschaffen und beim Finanzminister zu erreichen, *daß die auf Oktober letzten Jahres [1951] fällige Soforthilfeabgabe der kriegszerstörten Gemeinden weiterhin gestundet wurde*. Ähnlich wie Traub betonte auch Schuster die Bedeutung der *Erhaltung und Stärkung unserer Gemeinden* und die *Beseitigung aller noch*

⁴⁷ Sauer (wie Anm. 8), S. 168; BKZ, Nr. 301/302, 28. Dezember 1951.

⁴⁸ BKZ, Nr. 45, 23. Februar und Nr. 51, 1. März 1952.

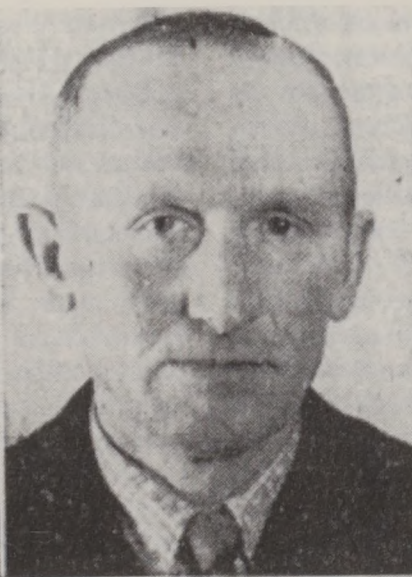
⁴⁹ BKZ, Nr. 21, 26. Januar 1952.

⁵⁰ BKZ, Nr. 54, 5. März 1952.

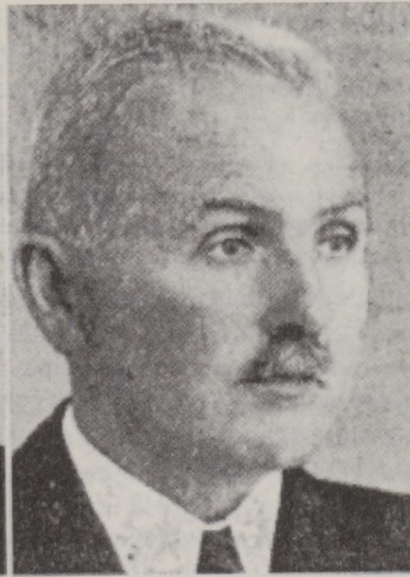
⁵¹ BKZ, Nr. 41, 19. Februar 1952.



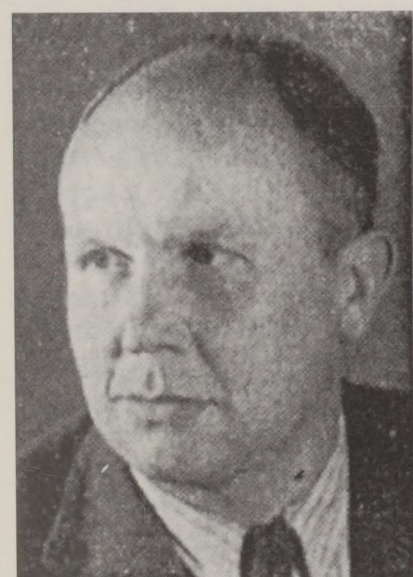
SPD, Liste 1
Wilhelm Traub, Backnang



CDU, Liste 2
Willy Fischer, Fürstenhof



DVP, Liste 3
Georg Schuster, Eutendorf



DG/BHE, Liste 4
Karl Pachowsky, Strümpfelbach



BHE (Richtung Kraft), Liste 5
Rudolf Willging, Backnang



KPD, Liste 6
Fritz Engelhardt, Murrhardt

Kandidaten des Kreises Backnang für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952 (vom Kandidaten der SRP Anton Durczak wurde kein Bild veröffentlicht!)

bestehenden vormundschaftsähnlichen Formen der Staatsaufsicht.⁵² Die Wähler in Backnang versuchte Schuster mit dem Hinweis zu überzeugen, dass es *seinen Bemühungen* zu verdanken sei, dass die Landwirtschaftsschule, *die im Rohbau fertig war und wegen mangelnder Kredite nicht mehr weitergebaut werden konnte*, letztlich doch fertiggestellt worden sei, da es ihm *in langwierigen Verhandlungen mit den*

*Stuttgarter Ministerien schließlich gelungen sei, einen Kredit von 150 000 DM zu erwirken.*⁵³

Auch der Kandidat der Deutschen Gemeinschaft/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (DG/BHE), Ingenieur Karl Pachowsky, berichtete über seine seitherige Tätigkeit im württembergisch-badischen Landtag: Ihm sei es nicht darum gegangen, *im Plenum des Landtags in großangelegten Reden zu glänzen, son-*

⁵² Ebd..

⁵³ BKZ, Nr. 29, 5. Februar 1952.

dem die *Kleinarbeit* zu erledigen, die *weitaus schwieriger ist und war*.⁵⁴ Im Zentrum seines Wahlkampfes standen erwartungsgemäß die Forderungen nach Schaffung von neuen Wohnungen, die nur dort gebaut werden dürften, wo gleichzeitig neue Arbeitsplätze entstünden, sowie nach einer *angemessenen Entschädigung* für die Heimatvertriebenen. Für nicht sehr glücklich erachtete Pachowsky das neue Wahlgesetz, nach dem jeder Wahlkreis nur noch einen Abgeordneten in den neuen Landtag entsenden könne, da dies *eine Überlastung des Mandatsträgers* mit sich bringen würde. Der wahre Hintergrund dürfte jedoch die begründete Besorgnis gewesen sein, dass dadurch seine Chancen zum Wiedereinzug ins Parlament deutlich sanken.⁵⁵

Dies lag jedoch auch daran, dass die DG/BHE nicht mehr als Einheit antrat, sondern sich Anfang Februar 1952 eine Gruppe abgespaltet hatte, die nun als „BHE-Richtung Kraft“ mit Amtsgerichtsrat a. D. Rudolf Willging aus Backnang einen eigenen Kandidaten ins Rennen schickte.⁵⁶ Der trat erst in den letzten Tagen vor der Wahl in Erscheinung, als er Wahlversammlungen in Backnang, Murrhardt und Gaildorf abhielt, dabei jedoch nicht auf die genauen Gründe, die zur Trennung von der DG/BHE geführt hatten, einging, sondern nur von *Meinungsverschiedenheiten* sprach. Grundsätzlich wollte er sich für die *Interessen der Heimatver-*

triebenen einsetzen und forderte u. a. die *Schaffung eines Vertriebenenministeriums*.⁵⁷

Über den Wahlkampf des KPD-Kandidaten, dem Schlosser Fritz Engelhardt aus Murrhardt, erfährt man in der Backnanger Kreiszeitung nur, dass er zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Karl Schabrod aus Nordrhein-Westfalen zu einer Versammlung am 7. März 1952 im Backnanger „Bahnhofhotel“ einlud.⁵⁸ Da diese Veranstaltung am Freitag unmittelbar vor der Wahl stattfand, erschien kein Nachbericht mehr.

Noch unscheinbarer verlief der „Wahlkampf“ des Kandidaten der Sozialistischen Reichspartei (SRP), Anton Durczak aus Ludwigsburg, der zumindest in Backnang gar nicht in Erscheinung trat, was letztlich mit zu dem Ergebnis führte, dass er abgeschlagen auf dem letzten Platz landete.⁵⁹

Die Kandidaten der größeren Parteien versuchten ihre Chancen auch dadurch zu erhöhen, indem sie mehr oder weniger prominente Parteigenossen zu Veranstaltungen in den Wahlkreis holten: So konnte Georg Schuster (DVP) nicht nur zusammen mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, August Martin Euler, auftreten, sondern am 1. März im Gasthaus „Sonne-Post“ in Murrhardt sogar Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler an seiner Seite präsentieren.⁶⁰ Auch Willy Fischer (CDU) trat in der Endphase des Wahlkampfes

Heute abend 8.00 Uhr sprechen in Murrhardt, Gasthof zur „Sonne Post“

BUNDESJUSTIZMINISTER

Dr. Thomas Dehler MdB. Bonn

UND LANDTAGSABGEORDNETER

Georg Schuster Eutendorf

zu den bevorstehenden Wahlen. Es ergeht herzliche Einladung an alle Wählerinnen und Wähler.

Demokratische Volkspartei

Prominenz im Wahlkampf (BKZ vom 1. März 1952).

⁵⁴ BKZ, Nr. 51, 1. März 1952.

⁵⁵ BKZ, Nr. 56, 7. März 1952.

⁵⁶ BKZ, Nr. 44, 22. Februar 1952.

⁵⁷ BKZ, Nr. 55, 6. März und Nr. 57, 8. März 1952.

⁵⁸ BKZ, Nr. 56, 7. März 1952.

⁵⁹ BKZ, Nr. 58, 10. März 1952.

⁶⁰ BKZ, Nr. 51, 1. März 1952.

mit zwei Bundestagsabgeordneten auf, wobei Franz Etzel als *führender Wirtschaftspolitiker der CDU und nächster Mitarbeiter von Wirtschaftsminister Dr. Erhard* sicherlich der Prominentere war.⁶¹ Wilhelm Traub (SPD) konnte mit dem Frankfurter Willy Richter ebenfalls einen Bundestagsabgeordneten nach Backnang locken, der gleichzeitig Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen war.⁶²

In den letzten Tagen vor der Wahl kam es zwischen den beiden aussichtsreichsten Kandidaten Schuster und Traub zu einer Zuspitzung des Wahlkampfes, die zu einer regelrechten Anzeigenschlacht in der Backnanger Kreiszeitung führte. So kritisierte Georg Schuster (DVP) noch einmal das scheinbare Eintreten der SPD für die Einführung eines 9. Schuljahres und bekräftigte, dass seine Partei dies der Bevölkerung aus *sozialen Gründen* sowie aufgrund fehlender Schulräume und Lehrer nicht zumuten wolle.⁶³ Traub konterte mit der Bemerkung, dass *nicht die Größe der Anzeigen und eine ungeheure Propaganda* für den Wahlausgang entscheidend sein würden, *sondern allein die bisherigen Leistungen der Abgeordneten, ihre fortschrittliche Einstellung und ihre Eignung für ein solches Mandat*. Im übrigen sei die Behauptung, die SPD fordere ein 9. Schuljahr schlicht *unwahr*.⁶⁴ Auch den Vorwurf Schusters, dass er sich zuwenig für die *Belange der Kriegsgeschädigten* eingesetzt habe, wies Traub unter dem Hinweis zurück, dass er *selbst kriegsbeschädigt und Mitglied des VdK* sei.⁶⁵

Letztlich gelang Wilhelm Traub (SPD) in seiner Heimatstadt Backnang ein glänzender Sieg, konnte er doch 37,5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und erhielt damit fast doppelt so viele wie sein schärfster Konkurrent Schuster (DVP), der auf 19,3% kam. An dritter Stelle folgte Willy Fischer (CDU) mit 18,2% vor den abgeschlagenen Kandidaten der restlichen Parteien. Die Tatsache, dass drei Backnanger Kandidaten zur Wahl angetreten waren, trug sicher nicht unerheblich dazu bei, dass die Wahlbeteiligung in Backnang mit 68,3% höher

als im Kreisdurchschnitt (60,7%) lag. Im gesamten Wahlkreis konnte sich Georg Schuster letztlich mit einer knappen Mehrheit von gerade einmal 87 Stimmen gegenüber Wilhelm Traub durchsetzen, der damit nur äußerst knapp an einem Einzug in die Verfassungsgebende Landesversammlung scheiterte.⁶⁶

Eine Besonderheit gab es noch in Backnang: Interessanterweise ließ man in zwei Bezirken – Rathaus/Stadtmitte und AOK/Sulzbacher Vorstadt – Frauen und Männer getrennt abstimmen, *um Aufschlüsse darüber zu erhalten, ob die wahlberechtigten Frauen weniger als die Männer ihrer staatsbürgerlichen Pflicht genügen und welchen Anteil die einzelnen Parteien an den abgegebenen Frauenstimmen haben*.⁶⁷ Was die erste Frage anbelangte, zeigte sich, dass die Männer in den beiden ausgesuchten Bezirken deutlich häufiger abstimmten als die Frauen: Während im Bezirk Rathaus das Verhältnis 70,5% zu 63,4% betrug, lagen die Zahlen im Bezirk Ortskrankenkasse mit 75,8% zu 61,5% noch weiter auseinander. In der Präferenz der Parteien gab es allerdings kaum Unterschiede: Die SPD mit dem Backnanger Kandidaten Wilhelm Traub lag sowohl bei Männern als auch Frauen deutlich an der Spitze, gefolgt von DVP, CDU, KPD, BHE/Richtung Kraft, DG/BHE und SRP. Während im Bezirk Rathaus die Reihenfolge der Parteien bei beiden Geschlechtern identisch – wenn auch mit leicht unterschiedlichen absoluten Zahlen – war, wählten die Frauen im Bezirk Ortskrankenkasse die CDU, die Männer die KPD an die zweite Stelle und umgekehrt.⁶⁸

Landete die CDU im Wahlkreis Backnang noch deutlich abgeschlagen auf dem dritten Platz, wurde sie aufgrund ihrer klaren Vormachtsstellung in den ehemaligen Ländern Württemberg-Hohenzollern und Baden landesweit stärkste Partei und konnte 50 Sitze im neuen Landtag auf sich vereinigen. Die SPD erhielt 38 Sitze, gefolgt von der DVP mit 23 und den abgeschlagenen BHE mit 6 und KPD mit 4 Sitzen.⁶⁹ Alles rechnete nun damit, dass die CDU

⁶¹ BKZ, Nr. 53, 4. März 1952.

⁶² BKZ, Nr. 51, 1. März 1952.

⁶³ BKZ, Nr. 55, 6. März 1952.

⁶⁴ BKZ, Nr. 56, 7. März 1952.

⁶⁵ BKZ, Nr. 57, 8. März 1952.

⁶⁶ BKZ, Nr. 58, 10. März 1952.

⁶⁷ BKZ, Nr. 44, 22. Februar 1952.

⁶⁸ BKZ, Nr. 58, 10. März 1952.

⁶⁹ Sauer (wie Anm. 8), S. 169.

als stärkste Fraktion den Ministerpräsidenten stellen würde. Doch es sollte ganz anders kommen.

Endgültige Konstituierung des Bundeslandes Baden-Württemberg

Zunächst fand am 25. März 1952 die konstituierende Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung statt, die den CDU-Abgeordneten Dr. Carl Neinhaus zum Präsidenten wählte.⁷⁰ Viel spannender war jedoch die Frage, wer erster Ministerpräsident des neuen Südweststaats werden würde. Nach dem Ergebnis der Wahl standen mehrere Koalitionsmöglichkeiten zur Debatte, wobei eine große Koalition von CDU, SPD und DVP angesichts der vielen anstehenden Probleme die geeignetste Lösung zu sein schien. Die erbitterte Gegnerschaft der beiden großen Parteien CDU und SPD auf Bundesebene verhinderte jedoch jegliche Annäherung auf Landesebene. Nachdem aber auch die Verhandlungen zwischen CDU und DVP scheiterten, wählte die Landesversammlung am 25. April 1952 Reinhold Maier zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Bundeslandes, der unmittelbar nach der Wahl eine vollständige Kabinettsliste mit Vertretern von SPD, DVP und BHE präsentierte und erklärte, dass mit der Bildung der vorläufigen Regierung um 12 Uhr 30 die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern gemäß § 11 des Neugliederungsgesetzes zu einem Bundesland vereinigt seien.⁷¹

Rein juristisch gesehen hatte Maier damit völlig recht, die Tatsache, dass die CDU nicht in der Regierung vertreten war, führte jedoch v. a. in Südbaden und Württemberg-Hohenzollern zu viel Unmut. Da Maiers Kabinett eine „erweiterte Neuauflage der bisherigen württembergisch-badischen Regierung“ war, schienen sich die Befürchtungen vieler Badener, von einer württembergischen Mehrheit unterdrückt zu werden, zu bewahrheiten. Außerdem wirkte sich die Regierungsbildung in Stuttgart auch auf die Bundespolitik aus, da sich das Stimmenverhältnis im Bundesrat nun mit 20 zu 18 zugunsten der Opposition veränderte.⁷²

Trotz dieses eher unglücklichen Starts und der angekündigten *schärfsten Opposition*⁷³ durch die CDU waren die weiteren Schritte in Richtung „Baden-Württemberg“ nicht mehr aufzuhalten: Am 15. Mai 1952 verabschiedete die Landesversammlung das sog. „Überleitungsgesetz“, nach dem die Landtage und Regierungen der alten Länder endgültig aufgehoben wurden, die Verfassungsgebende Landesversammlung die Aufgaben eines Landtags übertrug und der neue Südweststaat den – bis zur Verabschiedung einer Verfassung – vorläufigen Namen „Baden-Württemberg“ bekam.⁷⁴

Mit der Verabschiedung der baden-württembergischen Verfassung am 11. November 1953 im Landtag und deren Inkrafttreten am 19. November 1953 fand die Konstituierung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg ih-

Das neue Bundesland gebildet

SPD/DVP/BHE-Kabinett – Dr. Maier zum Ministerpräsidenten gewählt – CDU sagt schärfste Opposition an

Stuttgart (hc/dpa). Seit Freitagmittag sind die drei Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden zu einem Bundesland vereinigt, das gleichzeitig eine vorläufige Regierung bekommen hat. Die Verfassungsgebende Landesversammlung wählte bei überfüllten Tribünen und außerordentlich gespannter Atmosphäre den bisherigen württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier mit 64 von 120 Stimmen im ersten Wahlgang zum Ministerpräsidenten des neuen Bundeslandes. Für den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, der von der CDU als Kandidat vorgeschlagen worden war, wurden 50 Stimmen abgegeben. Sofort nach seiner Wahl gab der neue Regierungschef die Zusammensetzung seines Kabinetts bekannt, das eine Koalition der SPD mit der DVP/FDP und dem BHE als Grundlage hat.

Schlagzeile der *Backnanger Kreiszeitung* vom 26. April 1952.

⁷⁰ BKZ, Nr. 72, 26. März 1952.

⁷¹ BKZ, Nr. 97, 26. April 1952.

⁷² Sauer (wie Anm. 8), S. 180.

⁷³ BKZ, Nr. 97, 26. April 1952.

⁷⁴ BKZ, Nr. 113, 16. Mai 1952.

ren Abschluss.⁷⁵ Zu diesem Zeitpunkt war Reinhold Maier bereits nicht mehr Ministerpräsident. Nach der Wahl zum Zweiten Deutschen Bundestag am 6. September 1953, bei der die CDU 45,2% der Stimmen erhalten hatte, war die Regierung Maier am 30. September 1953 zurückgetreten und wurde durch eine Große Koalition von CDU, SPD, DVP und

BHE ersetzt, die Gebhard Müller (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten wählte.⁷⁶

Das letzte Kapitel im Kampf der Altbadener um die Wiederherstellung des Landes Baden wurde dann schließlich am 7. Juni 1970 abgeschlossen, als sich 81,9% der Wahlberechtigten für den Verbleib Badens beim Bundesland Baden-Württemberg aussprachen.⁷⁷

⁷⁵ BKZ, Nr. 265, 12. November 1953.

⁷⁶ BKZ, Nr. 208, 7. September 1953 und Nr. 229, 1. Oktober 1953.

⁷⁷ BKZ, Nr. 128, 8. Juni 1970.